

Pierre-Louis, Michèle (Haiti), *Jérémi 5. 10. 1947; seit 2008 Ministerpräsidentin

Nach dem Studium der Volkswirtschaft (Promotion) in den USA kehrte Pierre-Louis in ihre Heimat zurück, wo die Bildungsexpertin und Kulturmanagerin seit 1995 die Stiftung Fokal (Fondasyon Konesans Ak Libète/Fondation Connaissance et Liberté) leitet, die sich der Einrichtung von Bibliotheken und der Durchführung von Alphabetisierungskursen widmet. Unter Präsident Jean-Bertrand Aristide war sie in den 1990er Jahren Ministerin, trennte sich aber später politisch von ihm. Dem amtierenden Staatspräsidenten René Préal diente sie vor ihrer Ernennung zur Regierungschefin als bildungspolitische Beraterin. Nachdem Ministerpräsident Jacques-Édouard Alexis im April 2008 nach Hungerunruhen zum Rücktritt gezwungen worden war und Staatspräsident Préal mit anderen Kandidaten für das vakante Amt gescheitert war, gelang es Pierre-Louis, trotz einer gegen sie gerichteten Kampagne die Zustimmung beider Parlamentskammern zu erlangen. Am 5. 9. wurde sie als Ministerpräsidentin im Amt vereidigt.

Pillay, Navanethem (Südafrika), *Durban 23. 9. 1941; seit 2008 Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)



Die aus einer tamilischen Familie stammende Pillay studierte Jura an der Universität von KwaZulu-Natal. 1967 ließ sie sich, da ihr während der Apartheid keine andere Laufbahn möglich war, als Anwältin nieder und verteidigte Opfer der Rassentrennung und Aktivisten der Anti-Apartheid-Bewegung. Ende der 1970er Jahre besuchte Pillay an der Harvard Law School ein Graduiertenprogramm und erwarb dort 1982 den Magister Artium und 1988 den Dokortitel – als erste nicht-weiße Südafrikanerin. Ab Mitte der 1980er Jahre hatte sie einen Lehrauftrag an der Universität von KwaZulu-Natal. 1995 erhielt Pillay als erste Frau und als erste Nichtweiße die Ernennung zur Richterin am Obersten Gerichtshof Südafrikas. Im gleichen Jahr wurde sie – ebenfalls als erste Frau – Richterin am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) in Arusha (Tansania). 1999 stieg sie zur Präsidentin des ICTR auf. 2003 wechselte sie als Richterin an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (Niederlande), zuletzt war sie Vorsitzende der Berufungskammer. Vorbehalte gegen ihre Berufung als Hohe Kommissarin für Menschenrechte kamen v. a. aus den USA, auf Vorschlag von Ban Ki-moon wurde sie aber am 28. 7. 2008 von der UN-Generalversammlung einstimmig bestätigt und trat am 1. 9. ihr Amt bei den Vereinten Nationen in Genf an.

Pröll, Josef (Österreich), *Stockerau 14. 9. 1968; seit 2008 Vorsitzender der ÖVP, Vizekanzler und Finanzminister

Nach dem Studium der Agrarökonomie in Wien war Pröll – der Neffe des langjährigen Landeshauptmanns von Niederösterreich ist ebenfalls Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) – zunächst bis 1998 Referent in der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, anschließend hatte er verschiedene Positionen im Österreichischen Bauernbund (eine Untereinheit der ÖVP) inne, bevor er 2001–03 Direktor des Bauernbundes wurde. Ab 2003 leitete Pröll das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, das er bereits 2000/01 als Kabinettschef des damaligen Ministers Wilhelm Molterer (ÖVP) kennengelernt hatte, zunächst in der Regierung Wolfgang Schüssel (ÖVP) und behielt auch unter Alfred Gusenbauer (SPÖ) 2007 das Ressort. Nach der verheerenden Niederlage seiner Partei bei vorgezogenen Neuwahlen im September 2008 und dem Rückzug des Parteichefs Wilhelm Molterer übernahm der dem liberalen Flügel angehörende Pröll den Vorsitz der Volkspartei (28. 11.) und verhandelte mit SPÖ-Spitzenmann Werner Faymann die Fortsetzung der großen Koalition. Am 2. 12. wurde Pröll als Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen vereidigt.

Putin, Wladimir → S. 36

Rajoelina, Andry (Madagaskar), *30. 5. 1974; seit 2009 Staats- und Regierungschef

Der Sohn eines madagassischen Armeeeoffiziers begann seine berufliche Laufbahn als Discjockey, gründete mit 25 Jahren eine Werbeagentur und erlangte landesweit mit seinem Radio- und Fernsehsender Viva Bekanntheit. Wegen seines raschen beruflichen Aufstiegs nach dem französischen Schnellzug TGV benannt, nutzte er diesen Spitznamen und nannte seine 2007 im Vorfeld der Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt Antananarivo gegründete Bewegung Tano-ra malaGasy Vonona (»Junge entschlossene Madagassen«). Er gewann die Wahl im Dezember 2007 mit über 63 %. In der Folge wurde Rajoelina zum scharfen Kritiker des Präsidenten Marc Ravalomanana, dem er autokratischen Regierungsstil, Machtmissbrauch und Korruption vorwarf. Monatlang war das Land durch den Machtkampf zwischen Ravalomanana und Rajoelina gelähmt. Die Auseinandersetzung wurde schließlich zugunsten des jungen Herausforderers entschieden, dem es gelungen war, große Teile des Militärs auf seine Seite zu ziehen. Am 16. 3. 2009 stürmte dieses den Präsidentenpalast und trieb Ravalomanana in die Flucht. Am 17. 3. wurde Rajoelina als neuer Präsident vereidigt. Viele Staaten verurteilten seine Machtübernahme als Staatsstreich.

Rasmussen, Anders Fogh (Dänemark), *Ginnerup 26. 1. 1953; seit 2009 NATO-Generalsekretär

Nach einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium in Århus zog Rasmussen als 25-Jähriger die rechtsliberale Venstre in den Folketing (Parlament) ein. Unter dem konservativen Ministerpräsidenten Poul Schlüter wurde er 1987 Steuer-, 1990 Wirtschaftsminister. Als das bürgerliche Lager 1993 die Macht verlor, widmete er sich der Reorganisation der Venstre und übernahm 1998 den Parteivorsitz. Er rückte die Partei in die rechte Mitte, zeigte sich aber auch als Verteidiger sozialstaatlicher Errungenschaften. Aus den Parlamentswahlen 2001 ging die von der Venstre geführte konservative Koalition als Siegerin hervor. Rasmussen bildete eine Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der ausländerfeindlichen rechten Dänischen Volkspartei angewiesen war. Seine erste Amtszeit war durch einen »Steuerstopp«, eine scharfe Ausländer- und Asylpolitik sowie durch seine Beteiligung am Irakkrieg gekennzeichnet. Nach den Parlamentswahlen 2005 konnte Rasmussen nach leichten Verlusten seine Minderheitsregierung fortsetzen. Ein dritter Wahlsieg gelang ihm trotz abermaliger Verluste 2007. Bereits lange vor dem NATO-Jubiläumsgipfel Anfang April 2009 galt Rasmussen als europäischer Favorit für den Posten des NATO-Generalsekretärs. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sprach sich jedoch bis zuletzt gegen den Dänen aus, dem er die Duldung des kurdischen Roj-TV in seinem Land vorwarf. Außerdem hatte er seit der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in dänischen Zeitungen 2005 in der muslimischen Welt einen schlechten Ruf. Auf dem Gipfel in Straßburg am 4. 4. gaben die Türken jedoch ihren Widerstand auf, Rasmussen trat einen Tag später von seinem Amt als Ministerpräsident zurück. Am 1. 8. löste er Jaap de Hoop Scheffer als NATO-Generalsekretär ab.

Rasmussen, Lars Løkke (Dänemark), *Veje 15. 5. 1964; seit 2009 Ministerpräsident



Lars Løkke Rasmussen, der an der Universität in Kopenhagen Recht studiert hat und zunächst in der Kommunalpolitik aktiv war, übernahm 1986 den Vorsitz der Venstre-Jugendorganisation und wurde 1994 ins Parlament gewählt. Lange Jahre war er ein enger Vertrauter des gleichnamigen, aber nicht mit ihm verwandten Politikers Anders Fogh Rasmussen. Als dieser 1998 Vorsitzender der Venstre-Partei wurde, übernahm Lars Løkke Rasmussen seine Stellvertretung. Im ersten und zweiten Kabinett von Anders Fogh Rasmussen (2001–07) war er Innen- und Gesundheitsminister, im dritten (ab 2007) übernahm er das Finanzressort. Als Innenminister

führte er 2007 die große Verwaltungsreform durch, als Finanzminister zeichnete er für die Steuerreform verantwortlich (v. a. Reduzierung der Einkommensteuer, Erhöhung der Umweltsteuern). Im Jahr 2008 wäre Rasmussen fast über eine Spesenaffäre gestolpert: Mit der Rückzahlung der Beträge und einer Spende für wohltätige Zwecke konnte er den Skandal in Grenzen halten. Nach der Wahl von Anders Fogh Rasmussen zum NATO-Generalsekretär am 4. 4. 2009 wurde Lars Løkke Rasmussen am 5. 4. von Königin Margrethe II. zur Regierungschefin ernannt. Rasmussen sieht sich nun den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise gegenüber und muss v. a. wirkungsvolle Maßnahmen gegen die ansteigende Arbeitslosigkeit finden.

Razak, Najib (Malaysia), *Kuala Lipis 23. 7. 1953; seit 2009 Ministerpräsident

Eine Überraschung war es nicht, als am 26. 3. 2009 Najib Razak zum Vorsitzenden der Regierungspartei UMNO gewählt wurde. Seine Einsetzung als neuer Regierungschef des südostasiatischen Landes war damit nur noch Formsache und erfolgte mit der Vereidigung durch den König am 3. 4. Nachdem die UMNO bei den Parlamentswahlen ein Jahr zuvor starke Verluste hatte hinnehmen müssen und Malaysia – auch durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise – in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war, war Ministerpräsident Abdullah Badawi geschwächt und hatte im Herbst 2008 seinen Rücktritt angekündigt. Najib Razak, der in den 1970er Jahren in Großbritannien einen Abschluss in Betriebswirtschaft erworben hatte, stammt aus einer Politikerfamilie (Vater und Onkel waren Ministerpräsidenten) und saß seit 1976 als UMNO-Abgeordneter im Parlament. Im Laufe seiner Karriere hatte er verschiedene Ministerposten inne und zuletzt stellvertretender Ministerpräsident. Mit ihm übernimmt wieder eine autoritärere Führungspersönlichkeit die Regierungsgeschäfte. Er gilt als Populist und erklärter Gegner des Oppositionsführers Anwar Ibrahim, der ihm und der gesamten politischen Klasse Korruption und Patronage vorwirft. Zuletzt war der bei der Bevölkerung unbeliebte neue Ministerpräsident mit einem ungelösten Mord an einem mongolischen Model in Verbindung gebracht worden.

Rompuy, Herman Van (Belgien), *Etterbeek 31. 10. 1947; seit 2008 Ministerpräsident

Van Rompuy sei der einzige Christdemokrat, der von allen fünf Koalitionsparteien als Regierungschef akzeptiert werde, so wurde der Vermittler des Königs, Wilfried Martens, Ende 2008 zitiert. Diese Koalition, bestehend aus Christdemokraten und Liberalen jeweils der niederländisch- und französischsprachigen Landesteile sowie den frankophonen Sozialisten, war erst nach neunmonatigen Verhandlungen im März 2008 zustande gekommen. Bereits im Dezember war jedoch